

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/100

Bad Godesberg, den 31. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2a

Aufwärts in Niedersachsen

137

Von Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs

3 - 4

Heilige Einfeld!

43

Ein deutscher Diplomkaufmann  
und der Militärputsch in Griechenland

5

Weitere Erleichterungen für Touristen

30

Anregungen sozialdemokratischer Abgeordneter

6 - 7

Indonesiens neuer Weg

37

Von Adam Malik,

Stellvertretender Ministerpräsident  
und Außenminister von Indonesien

## Aufwärts in Niedersachsen

---

Von Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs

Rückblick und Ausblick am Ende der 5. Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtages sind gekennzeichnet von der zentralen Frage unserer Politik, wie die verfügbaren finanziellen Mittel mit den uns gestellten Aufgaben in Einklang zu bringen sind. Mit der Aufzählung von Wünschen, mit Forderungen und Versprechungen ist es in dieser Stunde nicht getan. Das Schlüsselproblem, das wir zuvorderst lösen müssen, ist die Schaffung einer finanzpolitischen Ordnung, mit einer vernünftigen Verteilung der Aufgaben einerseits und der zu ihrer Bewältigung notwendigen finanziellen Mittel andererseits. Erst eine Finanzreform, die hier Klarheit schafft, wird den Weg freimachen für eine in ihren jeweiligen Aufgaben gleichrangige Politik des Bundes, der Länder und der Selbstverwaltung in den Kommunen, den Weg freimachen für eine Politik im Sinne eines wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts, wie er uns vorschwebt.

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 106 vor, daß die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren ist. Dieser Verfassungsauftrag war in den vergangenen Jahren zugleich Auftrag der niedersächsischen Landespolitik. Alle Überlegungen und alle Maßnahmen orientierten sich daran, die allgemeinen Lebensbedingungen der Bürger unseres Landes nicht hinter denen in anderen Ländern der Bundesrepublik herhinken zu lassen.

Es geht schließlich nicht an, daß ein Teil unserer Bundesrepublik, das Land Niedersachsen, nur deshalb für die in seinen Grenzen lebenden Menschen nicht ausreichend wirken kann, weil seine geographische Lage, seine Landes-, Wirtschafts- und Sozialstruktur ihm Sonderbelastungen auferlegt, die anderswo nicht vorhanden sind. Es würde hier zu weit führen, diese Sonderbelastungen Niedersachsens im einzelnen darzustellen. Als besonders hervorstechende Beispiele seien nur genannt:

Die Wasserhypothek: Die Steuerung unserer Wasserwirtschaft, das heißt der Wasser-, Moor- und Deichwirtschaft, stellt unser Land, wie der Luther-Ausschuß zur Neugliederung des Bundesgebietes feststellte, vor "einzigartige Aufgaben in einem Umfange und mit einem Kostenbedarf, der eine besondere Belastung in dieser Hinsicht vor allen Bundesländern darstellt". Dazu gehört der Schutz der 300 km langen niedersächsischen, also deutschen Küste mit den zahlreichen Strom- und Flußmündungen. Dazu gehören die zahlreichen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen hinter den Deichen und im Binnenland. Dazu gehört schließlich, daß auch in dem Flächenland Niedersachsen eine hygienisch einwandfreie Trinkwasserversorgung für alle Landeseinwohner selbstverständlich sein sollte. Immerhin sind bereits rund 80 Prozent aller Einwohner unseres Landes an eine zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen. 1948 waren es nur 48,3 Prozent. Dennoch haben wir den Bundesdurchschnitt noch längst nicht erreicht.

### Erschließung von Moor- und Ödlandgebieten

Insgesamt 38 Prozent der Moor- und Ödlandflächen des Bundesgebietes liegen in Niedersachsen. Es war in der Vergangenheit unsere Aufgabe, und es bleibt für Zukunft unsere Aufgabe, diese Gebiete, voran das Emsland, mit einer umfassenden Erschließung in einen Wirtschafts- und Kulturstand hineinwachsen zu lassen, der für die meisten Gegenden der Bundesrepublik seit langem selbstverständlich ist.

Schließlich sei auf den 525 km langen Zonenzaun an Niedersachsens Grenze verwiesen, der natürlich gewachsene Lebens- und Wirtschaftsräume zerrissen hat. In diesem Zusammenhang: Die Bevölkerung Niedersachsens schwoll nach dem Krieg durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen von 4,5 Millionen auf über 6,8 Millionen an. Dieser Zuwachs stellte das Land Niedersachsen vor mannigfache zusätzliche Aufgaben.

Es bedarf ferner kaum besonderer Erwähnung, daß die Fragen des Verkehrs oder der Ausstattung mit guten voll ausgebauten Schulen für die Bevölkerung in allen Teilen des so weiträumigen Flächenlandes Niedersachsens Probleme von einer Größenordnung stellen, die andere Länder in diesem Ausmaße nicht kennen. Nicht fehlen darf schließlich in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß Niedersachsen ein vorwiegend agrarisch strukturiertes Land ist und deshalb nur über eine unzureichende Steuerkraft verfügt.

Schon dieser kurze, längst nicht vollständige Überblick über die Sonderbelastungen unseres Landes Niedersachsen zeigt, welche Bedeutung dem Verfassungsauftrag nach Artikel 106 hier zukommt. Gewiß: In den beiden vergangenen Jahrzehnten ist in Niedersachsen vieles und Beispielhaftes geschehen.

### 300 000 neue Arbeitsplätze

Wir haben Wohnungen gebaut - rund eine Million Wohnungen sind in Niedersachsen nach dem Kriege neu entstanden -, wir haben rund 800 Mittelpunktschulen errichtet, leistungsfähige Volksschulen, die vor allem den Kindern auf dem Lande im Vergleich zur Stadt gleichwertige Bildungschancen geben. 65 Prozent aller Schulen in Niedersachsen sind in den vergangenen zwanzig Jahren neu erbaut oder doch so ausgebaut worden, daß praktisch von einem Neubau zu sprechen ist. Wir haben Krankenhäuser gebaut, wir haben Industrien in unser Land geholt, um die Steuerkraft unseres Landes zu stärken, wir haben rund 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wir haben unserer Landwirtschaft geholfen, sich wettbewerbsfähig auf den neuen, größeren Markt der EWG vorzubereiten. Wir haben unsere Straßen und Häfen ausgebaut.

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik schließlich haben wir in Niedersachsen in eine weite Zukunft hineinplanend und vor undoktrinären Bau- und Finanzierungsmethoden nicht zurückschreckend, mit dem Ausbau unserer Hochschulen eine Jahrhundertaufgabe in Angriff genommen. Wir entschlossen uns dazu, weil wir angesichts der angespannten Finanzlage des Landes uns nur mit einer langfristigen Finanzierung die Hände finanziell freihalten können für andere gleich

wichtige Aufgaben, die heute anfallen und heute mit Mitteln des Etats finanziert werden müssen. Ich denke hier besonders an den Wohnungsbau, ich denke an den großen sozialen Bereich, an die Fürsorge für unsere alten Menschen, ich denke an die Gesundheit unserer Bevölkerung, ich denke an unsere Jugend.

So ansehnlich auch diese Leistungen sind, die wir in Niedersachsen vorweisen können, so wenig können wir uns mit dem Erreichten zufrieden geben. Mit der neuen Bundesregierung haben wir gute, erfolgversprechende Gespräche eingeleitet. Sie dienen dem Ziel, gemeinsam die finanziellen und finanzpolitischen Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten für eine handlungsfähige, wirksame Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik.

### Konkordat - das wichtigste Vertragswerk

In einem Rückblick auf die vier vergangenen Regierungsjahre in Niedersachsen darf der Hinweis auf das wohl wichtigste Vertragswerk, das geschlossen worden ist, nicht fehlen. Das Konkordat mit der Katholischen Kirche hat unserem Lande einen konfessionellen und schulpolitischen Frieden gebracht, wie wir ihn uns erwünschten und wie ihn andere anderswo nach unserem Beispiel heute anstreben. Es sei mir erlaubt, in die Erinnerung zu rufen, was ich damals vor dem Landtag erklärte: "Nicht das Machtwort einer irgendwie gearbeteten Mehrheit sollte es sein, das den demokratischen Staat kennzeichnet. Die natürliche, weil als selbstverständlich empfundene Rücksicht und Achtung vor der Minderheit vielmehr ziert den demokratischen Staat und verleiht ihm seine besondere Würde."

Wir haben mit dem Konkordat diesen Grundsatz sichtbar gemacht. Es war, wie sich heute zeigt, gut für die friedliche Fortentwicklung unseres Schulwesens, gut für das Zusammenleben aller Bürger in unserem Lande, ohne Unterschied der Konfession.

### Die Aufgabe des Tages

Wer am Ende der 5. Legislaturperiode des Landtages den Blick in die Zukunft richtet, wird die Aufgabe des Tages, die uns heute und zuallererst gestellt ist, nicht übersehen dürfen: Die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze. Alle Erfolge auf den verschiedensten Gebieten, alle Anstrengungen um eine neue, soziale und kulturelle Ordnung werden zweifelhaft, wenn das Fundament dieser Ordnung brüchig wird, wenn der arbeitende Mensch Angst und Sorge haben muß um seine Existenz.

In der Überwindung der gegenwärtigen Depressionsphase müssen Bund, Länder und Gemeinden zusammenwirken. Dabei wird in der Skala konjunkturbelebender Maßnahmen der Wohnungsbau mit an der Spitze zu rangieren haben, weil er nicht nur den Arbeitsmarkt ankurbelt, sondern sich als Investition seiner Natur nach weiter belebend auswirkt. Sichere Arbeitsplätze und ein sicheres Einkommen für alle arbeitenden Menschen sind die Voraussetzungen für den weiteren Aufbau unseres Landes. Ich bin sicher, daß wir auch diese Schwierigkeiten, die uns eine in der Vergangenheit falsche Wirtschaftspolitik des Bundes bescherte, überwinden werden.

Aufwärts, lautet unsere Parole. Aufwärts in Niedersachsen.

31. Mai 1967

Heilige Einfalt!

Ein deutscher Diplomkaufmann  
und der Militärputsch in Griechenland

sp - Etwa 160 000 griechische Gastarbeiter befinden sich zur Zeit in der Bundesrepublik. Nach Auskunft des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind etwa 30 Prozent von ihnen in den DGB-Gewerkschaften organisiert. Die Verfassungsschutzämter schätzen, daß nur sechs bis zehn Prozent aller in der Bundesrepublik lebenden griechischen Gastarbeiter rechts- oder linksradikalen Gruppen angehören bzw. mit diesen sympathisieren. Der überwältigenden Mehrheit der Griechen in der Bundesrepublik wird von allen zuständigen Stellen und auch von den Organisationen der Arbeitgeber ein hervorragendes Zeugnis über ihr menschliches und politisches Verhalten ausgestellt.

Natürlich gibt es auch Ausnahmen. So erhielt der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes dieser Tage nachstehenden Brief:

Dipl.-Kfm. ALFRED WINTERLING  
Vorstand  
der Porzellanfabrik Zeh. Scherzer & Co. AG.  
8673 R e h a u / Ofr.

8673 Rehau/Ofr.  
Postfach 29

22. Mai 1967

An den  
Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

4 D ü s s e l d o r f  
Hans Böckler Haus

Sehr geehrte Herren!

Wie ich soeben der Presse entnehmen, haben Sie bei der Bundesregierung erreicht, daß solchen griechischen Arbeitnehmern auch weiterhin in der Bundesrepublik Aufenthaltsgenehmigung gewährt

wird, die bei Rückkehr in ihre griechische Heimat angeblichen Repressalien von seiten der neuen Regierung ausgesetzt wären.

Bekanntlich werden in Griechenland gegenwärtig nur die Kommunisten, wie es sich nach unserer Auffassung auch gehört, interniert. Umso mehr wundert es uns, daß Sie sich für derartige Leute verwenden und diese bei uns in der Bundesrepublik behalten wollen. Sie müßten doch das gleiche Interesse haben, derartige subversive Elemente los zu werden. Alle anständigen, staatsbewußten und demokratisch eingestellten griechischen Arbeitnehmer können ja ungehindert zu jeder Zeit nach Griechenland zurückkehren.

Ich höre gerne wieder von Ihnen und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Alfred Winterling

\* \* \*

So einfach ist das also! Der Diplomkaufmann Winterling scheint zu jenen Leuten zu gehören, die sofort "Kommunisten!" schreien, wenn sie hören, daß jemand n i c h t für eine Militärdiktatur ist. Dann macht es bei ihnen "Klick" im Gehirn und sie finden plötzlich - "wie es sich nach unserer Auffassung auch gehört" -, daß interniert werden muß. Was "anständig, staatsbewußt und demokratisch" ist, bestimmen die Generale in Athen. Damit auch jeder gleich merkt, wie der Hase läuft, wird den deutschen Gewerkschaften empfohlen, ebenso zu denken. Daß aber in Griechenland außer einigen kommunistenverdächtigen Personen auch mehrere tausend einwandfreie Demokraten ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden, hat Herr Winterling entweder nie gehört oder findet es nicht besonders aufregend.

Heilige Einfalt!

## Weitere Erleichterungen für Touristen

### Anregungen sozialdemokratischer Abgeordneter

H.B. - Eine Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter hat in einer Kleinen Anfrage die Bundesregierung ersucht, darzulegen, mit welchen Maßnahmen sie das von den Vereinten Nationen für 1967 proklamierte "Jahr des Tourismus" zu fördern und zu unterstützen gedenke.

Die Parlamentarier, unter ihnen der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Karl M o m m e r, haben die Bundesregierung nicht nur generell nach ihren Absichten zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs gefragt. In der sieben Punkte umfassenden Kleinen Anfrage haben sie vielmehr auf eine Reihe von konkreten Möglichkeiten aufmerksam gemacht. So auf großzügige Stichproben bei der Zoll- und Paßkontrolle, damit unnötige "Schlangen" vermieden werden können, auf den Verzicht auf Triptiks oder Carnets für Wohnwagen durch die Beneluxstaaten, auf Abschaffung des internationalen Führerscheins auf dem Wege über Gegenseitigkeitsabkommen.

Die Abgeordneten finden gewiß lebhafteste Zustimmung für ihre Hinweise auf die Schwierigkeiten, denen sich deutsche Autotouristen im Ausland gegenübersehen, selbst in EWG-Ländern, etwa in Italien. Im "Jahr des Tourismus" sollten deshalb auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments darauf drängen, daß die EWG-Kommission sich noch intensiver für eine Vereinheitlichung im Bereich des Gemeinsamen Marktes einsetzt.

Zu den Schwierigkeiten, die nicht zu sein brauchten, gehört vor allem auch das Fehlen einer Zwangshaftpflichtversicherung in Italien, Spanien, Griechenland und in der Türkei, also in ausgesprochenen Touristenländern. Der SPD-Abgeordnete S t r o h m a y r hat in einer mündlichen Anfrage den Bundesverkehrsminister gebeten, sich bei seinen Kollegen - innerhalb und außerhalb der EWG - für eine generelle Einführung der Zwangshaftverpflichtung zu verwenden, wie sie der ADAC vor kurzem verlangt hatte. Ob die ausländischen Regierungen einlenken - niemand weiß es im Augenblick. Aber die Autotouristen hätten ein wirksames Druckmittel in der Hand; sie könnten ihre Fahrzeuge in Länder mit weniger riskanten Haftpflichtverhältnissen lenken - oder auch wieder einmal zu Hause bleiben! Denn auch im Schwarzwald, an der Nord- und Ostsee, in der Eifel, am Rhein, am Bodensee und anderswo ist es bekanntlich schön...

Indonesiens neuer Weg

Von Adam Malik,

Stellvertretender Ministerpräsident  
und Außenminister von Indonesien

Die gegenwärtige Regierung von Indonesien hat sich seit ihrer Zusammensetzung dem von der beratenden Volksversammlung, dem höchsten politischen Gremium in Indonesien, vorgelegten Programm verpflichtet gefühlt. Dieses Programm enthält die folgenden vier Punkte:

- \* 1. Stabilisierung und Entwicklung der Wirtschaft;
- \* 2. Vorbereitung auf allgemeine Wahlen, die innerhalb von zwei Jahren abgehalten werden sollen;
- \* 3. eine unabhängige und aktive Außenpolitik und
- \* 4. der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus.

Die indonesische Regierung legt hierbei den größten Nachdruck auf die Stabilisierung und Entwicklung der Wirtschaft der Nation. Meine Regierung glaubt, daß die Erfüllung der anderen Programmpunkte wesentlich erleichtert wird, wenn die Inflation gestoppt, die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes rehabilitiert und verbessert, die Produktion erhöht und der Handelsausgleich wiederhergestellt werden kann.

Auf dem Gebiet der äußeren Beziehungen wird die indonesische Regierung fortfahren, ihre traditionelle Politik der Bündnisfreiheit und unabhängigen, aktiven Außenpolitik zu verfolgen. Indonesien wird auch weiterhin den Kampf aller Völker unter Kolonialherrschaft, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, unterstützen. Indonesien wird fortfahren, zusammen mit anderen Nationen gemeinsam gegen den Imperialismus und Kolonialismus in allen seinen Formen und Offenbarungen zu kämpfen, wie schon in der Vergangenheit.

Diese unabhängige und aktive Außenpolitik, die Politik der

Bündnisfreiheit, zielt darauf ab, die regionalen wie auch die Spannungen in der ganzen Welt zu vermindern, um den Frieden zu erhalten. Der Weltfrieden ermöglicht den sich entwickelnden Nationen, sich in Zusammenarbeit mit anderen Nationen auf das Wohlergehen und den Wohlstand ihrer Menschen zu konzentrieren.

Auf dieser Suche nach Frieden und Freundschaft ist Indonesien mit einem benachbarten und brüderlichen Land, der Föderation von Malaysia, übereingekommen, ihre Auseinandersetzungen zu beenden. Die Wiederherstellung des Friedens zwischen Indonesien und Malaysia ist sehr bedeutsam. Sie zeigt, daß wir, die sich entwickelnden Nationen in Asien, in der Lage sind, unsere Differenzen und Streitigkeiten in friedlicher Weise selbst zu lösen, wenn man uns allein läßt.

Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die Streitigkeiten und Konflikte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft in Südostasien. Der jahrelang andauernde Konflikt in Vietnam hat tausende von Toten gekostet und große Zerstörungen hervorgerufen. Das indonesische Volk macht die gleichen Erfahrungen während seines Kampfes um die Unabhängigkeit und teilt die Gefühle der Brüder in Vietnam mit den Worten des UNO-Generalsekretärs U Thant: "Unsere Herzen sind mit ihnen." Die indonesische Regierung wird jedes ehrliche Bemühen, den Krieg in Vietnam zu beenden unterstützen, damit das vietnamesische Volk in Frieden und ohne äußere Einflußnahme selbst über seine Zukunft bestimmen kann.

Die Entscheidung meiner Regierung, wieder voll in den Vereinten Nationen mitzuarbeiten, zeigt ohne Zweifel ihre Entschlossenheit, mit den anderen Mitgliedern bei der Verwirklichung der Ziele dieser Organisation mitzuarbeiten, um diese Organisation und ihre Organe noch repräsentativer und wirkungsvoller zu gestalten.

(WELTWEITE PARTNERSCHAFT)

+ + +